

auenden Lehrers,
weiß. Unerföhr-
der erfindungs-
die alle darauf
meinschaft unge-
gen, die Schule
Erkenntnisorgan
die Beprechung
wünschen ist, mit
recht die weit-
en Schulreform:
age stellt, dann
flügeloffen, und
der tut Schlim-
einen Feldstein
Sante man jeden
en, jeden Feuer-
ann, kurz jeden
ihr Wissen ver-
Kindern davon
et, so wäre für

Friedr. Muth.

Schnee.

aterhimmel über
liegt die Natur.
t das noch das
die Eide, wo
das mehrfache
Dahinter erhob
um Opfer fallen
alten Eiden —
igen Gefährten,
e. — Wie steht
e leichte Schnee-
erfentem erweht
deren auf- und
n Symphonien
der Laut eines
erscheinen läßt.
ennbarem Beh
erhimmel über
stummen Krea-
rz, wie schon so
Urväterheimat
Boden liegen,
um? — Bald,
ewand wie ein
du heute so
vor dem Leid,
deinen Tiefen
Auch vor dem
wir blinden
nd, um in die
nichte nicht die
aufend liebliche
die tiefsten Gr
ib, o Bald, gib
thm, wo liebe
er Kinder froh
reint der alten
M. v. S.

n.
Augustenburger
derbuch meines
ch, Verlag, Ver-
war die jüngste
unter dem Pseu-
inen guten Na-
men-Bertha" und
noch ihre äußerst
gemann hat die
t und gibt uns
Lebensbild die-
ein Stück Zeit-
wo die Priester
gebunden ver-
Botha, ins Mar-
Bravenstein, ins
mit ihnen grü-
Biarritz, Pau.
diesem Geist be-
Mühsal auf
daß der Leser
in von Herzen
auch gehaltvolle

nd approbierter
logische Grund-
s an der Seele.
einen 4,60 Mk.
Bissenschaft dem
gab, war sicher
den. Arbeiten
das. Für den
ist bezeichnend,
ger zu Arbeits-
dem vorliegen-
gleich ist: Arzt
in, den War-
endigen Dienst
Zeitalter ihnen
upfäden: indi-
hrt. Verf. die
abe dem Leser
der Forderung
übrigen seine
ebe andere gel-
n Offenbarung
n Christenstand
Erremer.

Aufwärts

Bezugspreis:
Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1.25 und
0.50 Vierteljahrs. Beim eigenen Postamt bestellt. — Fürs
Ausland unter Streifenband 1.50 (inkl. Postgeb.). Preis der
Eingelassener 10 Pf. Postfachkonto Hannover 6777.

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus“,
„Kindergabe“ und „Unser Ziel.“

Anzeigenpreis:
Die einspaltige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig.
Reklame 30 Pf. Beilagen unter 25 g je laufend 15 Pf.
Schluß der Anzeigen-Nachnahme nachmittags 3 Uhr. Postfach-
konto Hannover 6777.

Nr. 31.

Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Sonntag, den 5. Februar 1933.

15. Jahrgang.

Wer im Herzen will erfahren
Und darum bemühet ist,
Daß der König Jesus Christ
Sich in ihm mög' offenbaren,
Der muß suchen in der Schrift,
Bis er diesen Schatz antrefft.

Auf der Flucht.

Das samaritanische Weib spricht zu ihm: Herr, ich sehe,
daß du ein Prophet bist. Unsere Väter haben auf diesem
Berge angebetet, und ihr sagt, zu Jerusalem sei die Stätte,
da man anbeten sollte. Joh. 4, 19, 20.

Das ist die Flucht des bösen Gewissens vor dem Wort
Gottes in das Gewirre der theologischen Auseinander-
setzung. Dieses Weibes Versuch, sich vor dem alles durch-
leuchtenden Worte Jesu, das mit einem Strahl ihr gan-
zes verlorenes Leben aufdeckt, zu retten, das ist auch un-
sere böse Art. Gott redet zu uns in seinem Wort. Irgend-
ein Bibelspruch trifft uns im Gewissen, deckt uns irgend-
eine Schwäche, eine üble Gewohnheit, eine unüberwun-
dene Leidenschaft auf, wir aber biegen aus und werfen
irgendeine theologische, christliche Tagesfrage auf. Damit
es nur ja keinen Zusammenstoß zwischen unserem Tun
und Treiben und Gottes heiligem Willen gibt, fahren wir
auf ein stilles Nebengeleise.

Solche christlichen Streitfragen, über die man sich recht
begegnet unterhalten kann, gibt es ja immer, nicht nur
unter den Theologen vom Fach. Man kann sich so anre-
gend über eine solche Frage aussprechen, ohne daß das
eigene Innere berührt wird. Der Verstand hat bei solchen
Gesprächen Nahrung, das Gewissen steht unbeteiligt bei-
seite. Damals war die Streitfrage, ob Jerusalem, wie die
Juden sagten, oder der Berg Garizim, vor dem Jesus
stand, wie die Samaritaner sagten, der Ort sei, auf dem Gott
angebetet werden müsse. Heute redet man in christlichen
Kreisen gern über die Bekehrung, über das Verhältnis
von Rechtfertigung und Wiedergeburt, weiß genau anzu-
geben, wie richtig die einen lehren und wie verkehrt die
anderen. Der Wunsch, über solche und andere Fragen zur
Klarheit zu kommen, ist gewiß berechtigt. Wir müssen
uns heute etwa über das Verhältnis von Christentum und
bestimmten Parteirichtungen, über unsere Stellung zum
Judentum, über Politik und Religion aussprechen. Aber
gehen wir mit all diesen Auseinandersetzungen nicht oft
genug so wie jenes samaritanische Weib um die Hauptfrage
herum. Was unser Gebet unwirksam macht, ist nicht der
falsche Ort oder die falsche Art, wie wir anbeten, nicht die
Frage, ob wir den Gottesdienst mit Liturgie oder ohne
Liturgie feiern sollen, bei dem Heiligen Mahle die Hostie
gebrauchen oder das Brot, ob wir es Abendmahl oder
Brotbrechen nennen, sondern, was uns von Gott trennt,
ist unsere Sünde, die unerkannte, unvergebene Sünde,
der Drang des Menschen, Gott den Zutritt zum Gewissen
zu verwehren. Die Frage, wie ich zu dieser oder jener
politischen Partei stehe, ist für mein Verhältnis zu Gott
ohne Belang, aber die Sünde des Parteinessens über-
haupt, der gegenseitige Haß, die Verleumdung des Geg-
ners, das gedankenlose Nachschwätzen unbewiesener Ge-
rüchte und vieles andere, das ist Gott ein Greuel und ver-
dirbt unseren inneren Menschen von Grund aus. Schon
die Sucht, Schwächeren, weniger Begabten und nicht Wi-
derstandsfähigen unsere eigene politische Meinung aufzu-
drängen, ist vor Gott verwerflich.

Ja, die Art dieses samaritanischen Weibes — auch wenn
wir nicht gerade in solche Sünde gefallen sein sollten wie
sie — ist unsere Art. Darum ist das Bibelwort uns nicht
angenehm. Es rührt an eine wunde Stelle in unserem Le-
ben, und diese Verletzung schmerzt uns. Aber gerade
dadurch will Gott uns helfen. Er beunruhigt uns gerade
durch das Wort und Werk Jesu deshalb, damit wir uns
aufmachen und Jesus erkennen, der mehr ist als ein Pro-
phet, nämlich: Retter aus aller Not des Gewissens und
Erlöser von allen, leider nur zu begünstigten, Anklä-
gen desselben. Simon.

Was vorgeht.

Zu der Neubildung der Regierung, die sich sehr schnell
vollzog, haben schon einige Mitarbeiter das Wort genom-
men und so ungefähr zum Ausdruck gebracht, was von
dem politischen Standpunkt aus, der im Aufwärts vor-
wiegend vertreten wird, für Erwartungen gehegt werden.
Die erste Tat der neuen Regierung, die Auflösung des
Reichstages, ist wahrscheinlich dem ganzen Lande überr-
schend gekommen. In den Organen der Nationalsozial-
istischen Partei wurde noch vor wenigen Tagen sehr ein-
dringlich betont, daß jetzt vor allem ruhige und entschie-
dene Arbeit geleistet und neue Wahlen unter allen Um-
ständen verhütet werden müßten. Nun kommt es doch
ganz anders. Das liegt aber sicher an der durch die Ver-
schiebung Adolf Hitlers zum Kanzler und an der durch die Zu-
sammensetzung der Regierung entstandenen völlig neuen
Situation. Nachdem die Verhandlungen mit den Führern
des Zentrums scheinbar nicht zu dem Ergebnis geführt
hatten, daß mit einer Unterstützung der neuen Regierung
durch das Zentrum gerechnet werden konnte, war der
schnelle Entschluß zur Auflösung des Reichstages doch
wohl auch das Geschickteste, was man tun konnte. Der
Zusammentritt des Reichstages hätte wahrscheinlich Sze-
nen gebracht, die auf keinen Fall besserer Verständigung
dienten. Und so werden die nächsten Wochen bis zum
5. März wieder erfüllt sein von dem Kampf um die
Stimmen der Wähler.

Im Augenblick, wo wir dies schreiben, ist noch nichts
Endgültiges darüber bekannt, ob die politischen Gruppen,
zu denen die jetzigen Regierungsmitglieder gehören, nur
eine gemeinsame Liste für die Wahlen aufstellen werden,
oder ob die Parteien wieder getrennt vorgehen. Man weiß
nicht, welche Aufnahme eine gemeinsame Liste im Volke
allgemein finden würde. Kämen aber die Parteien zu
dem Entschluß, zu dem allerdings entschlossener Mut ge-
hörte, so würde eine solche Tat ganz bestimmt für viele
Wähler die Entscheidung entschieden erleichtern. Es war
doch schon bei den letzten Wahlen so, daß beispielsweise
unter den Stahlhelmmitgliedern viele in innerster Not ha-
men, welcher Partei sie ihre Stimme geben sollten. Viel-
leicht ist die gegenwärtige Lage der geeignete Zeitpunkt,
einen Anfang zu machen mit der Beseitigung der Partei-
zersplitterung, die einem großen Teil des Volkes eine
Qual und Last ist, und die im Auslande das deutsche poli-
tische Staatsleben zum Gespött macht und dazu beiträgt,
dort den Respekt und das Vertrauen zu Deutschland zu
untergraben.

Die schnelle Berufung Adolf Hitlers zum Reichskanz-
ler und die Zusammensetzung der Regierung erweckte
bei den Anhängern große Begeisterung, die sich in Umzügen
und anderen Veranstaltungen mehr oder weniger laut
äußerte. Von der anderen Seite aber, die durch diese Ent-
wicklung schwer getroffen wird, blieb die Antwort nicht
aus. Und so ist es in den letzten Tagen an vielen Orten
zu schlimmen Zusammenstößen gekommen, bei denen eine
ganze Anzahl Menschen ums Leben oder sonst zu Schaden
gekommen ist. Pflicht und Aufgabe der neuen Regie-
rung ist es nun, diesen Zuständen ein Ende zu machen und
weiteres Unheil zu verhüten. Wenn sie dabei nicht gerade
sehr sanft verfährt, wird ihr das von den jetzt unterle-
genen Linksparteien sehr übel vermerkt. Für den, der die
Vorgänge Ende 1918 und Anfang 1919 hier in Deutschland
miterlebt hat, ist es jetzt ganz interessant zu beobachten,
wie diejenigen, die sich in jener Zeit als Sieger fühl-
ten, dieselben Maßnahmen, die sie damals für richtig und
nötig hielten, jetzt als unerhört, als reaktionär und brutal
bezeichnen, wo sie selbst darunter zu leiden haben.
Das Abreißen der Orden und Treffen, die Wegnahme der
Waffen, das Zerreißen der Fahnen, die beleidigende Be-
handlung mancher Offiziere, die auch nur ihre Pflicht ge-
tan hatten, u. viele andere Entscheidungen und Eingriffe
der damaligen Machthaber — die manche von den Räten
zur Folge hatten, die das deutsche Volk nun 14 Jahre lang
erdulden mußte — kommen jetzt wieder in die Erinne-
rung. Es ist nun freilich nicht zu wünschen, daß jetzt
Gleiches mit Gleichem vergolten wird. Es machte einen
guten Eindruck, als einer der neuen Minister die Beamten
seines Verwaltungsbereichs begrüßte und dabei erklärte,
er habe nicht die Absicht, besondere Veränderungen vor-
zunehmen, wer freudig mit ihm zusammenarbeiten wolle,
sei ihm willkommen, nur könne er keine Sabotierung sei-
ner Maßnahmen dulden. Sicher wird es in jedem Ressort
Gebiete geben, wo auch ein pflichttreuer Beamter mit
ganzer Hingabe seine Kraft einsetzen kann, auch wenn er
einen anderen politischen Standpunkt einnimmt als den,
der für die Regierungspolitik maßgebend ist. Gefähr-
licher sind vielleicht die, die auf diesem Gebiete mit einer
großen Wandlungsfähigkeit begabt sind und die sich mit

Begeisterung hinter die politische Einstellung je des der-
zeitigen Chefs stellen. Auch ein waschechter Demokrat
kann es Hitler, Frick oder Hugenberg nicht verargen,
wenn sie sich für die Durchführung der Aufgaben, die sie
vor sich sehen, auch die Gehilfen heranholen, die vertraut
sind mit ihren Gedanken und die die Fähigkeit und den
Willen haben, das in Aussicht genommene Werk hinaus-
zuführen. Es klingt immer sehr häßlich, wenn von Par-
teibuchbeamten die Rede ist. Wenn aber der Reichskanz-
ler in seiner großen Rundgebung an das deutsche Volk
mehrere Mal davon spricht, daß eine vierzehnjährige Miß-
wirtschaft die Ursache der heutigen Not und Schwierig-
keiten sei und die Regierung in möglichst kurzer Zeit wie-
der erträgliche Verhältnisse schaffen müsse, wenn ein völ-
liger Untergang vermieden werden solle, dann wird auch
klar, daß sie ganz freie Hand haben muß in der Auswahl
ihrer wichtigsten Mitarbeiter. Die Parteien aber, die nun
jezt zurückgedrängt sind, sollten die Pensionierung
derer, die die neue Regierung als Mitarbeiter an ihrem
Werk nicht haben will, nicht zu unnötiger und zweckloser
Hege gegen die Regierung benutzen. Gelingt Adolf Hitler
das Werk so schnell wie möglich, haben doch auch alle
Nutzen davon. Schlechter kann und darf es für viele in
unserem Volke nicht mehr werden. Und diejenigen, die
ihre Hoffnung in dieser Hinsicht auf den Kommunismus
oder auf den Bolschewismus setzen, sollten schon an dem
Beispiel Rußlands gelernt haben, daß die jetzt le-
bende deutsche Generation auf keinen Fall darauf rech-
nen kann, daß der Kommunismus in Deutschland Zu-
stände schaffen werde, an denen sie selbst noch Freude
hätten.

Die sozialistische Presse legte dieser Tage dem Reichs-
kanzler Hitler auf Grund des Artikels 56 der Reichs-
verfassung, die er am Montag nochmals beschworen habe,
und nach der der Reichskanzler die Richtlinien der Politik
bestimmt, folgende Fragen vor:

- Wann wird der „Versailler Schand-Vertrag“ gerissen?
- Wann wird das Lausanner Milliardenabkommen Ihres
Vizekanzlers v. Papen vernichtet?
- Wann werden die 26 Milliarden Auslandsschulden
annulliert?
- Wann wird die Kriegsschuldfrage aufgerollt?
- Wann werden die Inflationsoffer entschädigt, die durch
eine volksfeindliche Aufwertungsgeßezgebung Ih-
rer jetzigen Verbündeten beraubt worden sind?
- Wann wird das „raffende Kapital“, wann werden die
Banken enteignet?
- Wann wird die Zinsknechtschaft gebrochen?
- Wann werden die Notverordnungen aufgehoben?
- Wann werden die 6 Millionen Menschen, die seit der
Regierung Hermann Müller aufs Pflaster gesetzt
wurden, wieder Arbeit bekommen?
- Wann wird die Hauszinssteuer beseitigt und die Mie-
ten gesenkt?
- Wann werden die Löhne erhöht?
- Wann werden die Beamtengehälter aufgebessert?
- Wann werden die Sozialrenten, die Erwerbslosenunter-
stützungen und die Renten der Kriegsoffer erhöht?
- Wann wird der Besitz mehr besteuert als unter Papen?
- Wann werden die Massensteuern abgebaut?
- Wann bekommen die 8 Millionen Arbeitslosen Arbeit?
- Wann kommt der versprochene „Sozialismus“?
- Wann also erfüllt der Kanzler des „Dritten Reiches“
seine tausendfachen Versprechungen?

Ob es sehr klug ist von den Sozialdemokraten, jetzt
mit diesem Register aufzuwarten? Es gibt sicher auch in
ihren eigenen Reihen genug Leute, die die einzelnen
Dinge auseinanderzuhalten wissen und die sich sagen, daß
jedemfalls die jetzige Regierung Adolf Hitlers und Hugen-
bergs nicht schuld ist an den Zuständen, die hier aufge-
zählt sind und deren schnelle Beseitigung nun von dieser
Regierung erwartet wird. Wir haben nie behauptet, daß
die Sozialdemokratie oder diejenigen, die 1918 die Re-
volution machten, die alleinigen Urheber der Not sind, die
in den vergangenen fünfzehn Jahren über das deutsche
Volk und Land gekommen ist. Aber die meisten Punkte,
die da aufgezählt sind, bezeichnen Zustände, die als Folge
der Annahme und Unterzeichnung des Versailler Diktats
angesehen werden müssen. Sozialismus hat die Sozial-
demokratie ihren Anhängern doch ein halbes Jahrhundert
lang versprochen. Sicher hat sie auch die Absicht und die
Hoffnung gehabt, Deutschland nach der Revolution mit
dem Sozialismus zu beglücken. Das von Hermann
Müller unterzeichnete Diktat machte alles zunichte,
und brachte alle die Not, die nun Adolf Hitler mit einem

Schläge bannen soll. Kein Mensch wird jetzt noch sagen können, wie schnell und ob es der neuen Regierung gelingt, die Lage so zu meistern, daß die, die wirklich ehrlich die Herbeiführung geordneter Zustände im Staats- und Wirtschaftsleben wünschen, damit zufrieden sein können. Die Erfahrungen, die in der langen Zeit der Not und Bedrückung gemacht sind, mühten aber doch zu der Ueberzeugung geführt haben, daß nach den vergeblichen Bemühungen, die Politik der Staaten nach den Prinzipien einer internationalen Weltverbüderung unter Durchführung einer völligen Gleichberechtigung aller zu gestalten, nur ein Wunschgebilde geblieben ist, und daß es nun Zeit wird, für das Recht des deutschen Volkes und Staates mit anderen Mitteln zu kämpfen als das in der Nachkriegszeit geschehen ist. Mag der Bruch, der sich in diesen Tagen zwischen Weltanschauungen und Staatsauffassungen in Deutschland vollzieht, für viele Volksgenossen schmerzhaft sein, das eine wird nicht bestritten werden können, daß nach dem Gang der Entwicklung in vorigen Jahren die letzten Ereignisse sozusagen zwangsläufig sind. Das gibt schließlich auch der Regierung das Recht, einzelne Maßnahmen zu treffen, deren Billigung sie durch die Masse des Volkes durch eine Abstimmung der Wähler nicht erwarten darf und nicht finden wird. Ihre Pflicht ist nun, nach bestem Wissen und Gewissen die Maßnahmen zu treffen, die sie für richtig hält. Verstößen sie dann gegen die Interessen des Volkes und des Staates, wird die Strafe und die Vergeltung nicht ausbleiben.

Das deutsche Volk hat nun den Aufruf der Reichsregierung gehört und gelesen. Herr von Papen forderte seinerzeit für ein Jahr Geduld. Er hoffte, seine Arbeit werde bis dahin soviel sichtbaren Erfolg gebracht haben, daß eine Weiterführung derselben dadurch gesichert sei. Es ist anders gekommen. Weil es aber ziemlich allgemeine Meinung war, daß bei einem Scheitern seiner Pläne Adolf Hitler noch im Hintergrund stehe und das Erbe antreten müsse, so hat man sich aus dem schnellen Ende, daß die Papenregierung fand, nicht sehr viel gemacht. Ganz anders ist es jetzt bei Adolf Hitler. Seine Regierung hat gleich um Vertrauen gebeten für die Zeit von vier Jahren, in denen sie nach festen Plänen die Staatswirtschaft so stabilisieren will, daß das Resultat eine gesunde Wirtschaft und ein freier Staat ist. Einzelheiten dieser Pläne sind noch nicht bekannt. Es wird nun viel davon abhängen, ob ihre Bekanntgabe dann bewirkt, daß in den Herzen derjenigen Volksgenossen, die von der Not der Zeit am schwersten betroffen sind, einige Hoffnung eingezeichnet kann. Wenn man sich so umhört, dann zeigt es sich, daß die Wendungen in der Rundgebung, wo stark hervorgehoben wird, daß keine Experimente gemacht werden sollen die die Währung gefährden könnten, als ein Rückzug vor den reaktionären Mächten der Wirtschaft und des Kapitals gedeutet werden. Vielleicht hätte ein fester Griff in das Gebiet hinein, dem viele Menschen mit dem größten Mißtrauen gegenüberstehen, mehr Eindruck gemacht und mehr Hoffnungen geweckt. Versteht es aber ein Staatsmann, die Initiative des einzelnen in der rechten Weise nutzbar zu machen, wie in dem Aufruf gesagt wird, dann braucht die Währungsfrage doch vielleicht nicht die Bedeutung zu haben, die ihr im Kampf darum und in der Diskussion in den letzten Jahren beigemessen wurde. Wer etwas mit den wirtschaftspolitischen Gedanken Hitlers vertraut ist, weiß, daß er über Währung und auch über Sozialismus nicht so denkt, wie diese Dinge sonst allgemein aufgefaßt werden. Was das Volk in dieser Beziehung von ihm erwartet, muß ihm klar sein. Die

„Rheinisch-Westfälische Zeitung“ schrieb diese Tage: „Nur eine Parole hat heute Geltung: Sozial ist, wer Arbeit schafft.“ Diese Parole genügt nicht. Sozial ist, wer die für ihn geleistete Arbeit gerecht bezahlt und wer für solche wirtschaftlichen Einrichtungen sorgt, die der freien Initiative möglichst vieler Menschen Raum zu freier Entfaltung geben. Wenn Hitler seinen Sozialismus so auffaßt, sich dafür einsetzt und sich damit durchsetzt, dann wird er auch den Entscheidungen des Volkes über die Staatspolitik mit Ruhe entgegensehen können.

Echte und unechte Autorität.

Zur Reichserziehungswoche 1931.

Vom 5. bis 11. Februar findet die diesjährige Reichserziehungswoche statt, die der Evangelische Reichselternbund, die Großorganisation der Elternbewegung, in Verbindung mit etwa 25 anderen Verbänden und Organisationen veranstaltet. Im Mittelpunkt der über das ganze Reich hin vorgesehenen Elternversammlungen wird das Thema stehen: „Für Neubegründung der Autorität in der Erziehung“.

Von Erziehungsberaterin Erika Weymann, Berlin.

Alle Welt entrüstet sich heute über die Jugend, die nirgends mehr Autoritäten anerkennen will. Besinnen wir uns einmal: hat unsere Jugend so unrecht? Sie hat eine feine Witterung für echte und unechte Autorität und lehnt da, wo sie auch nur einen Schatten von Unechtheit verspürt, mit dem Radikalismus der Jugend alles Autorität mit einem Male ab. Es heißt also, der echte Autorität nachzugehen und alles Unechte und Irrige ausmerzen.

Die eine Art der unechten Autorität ist leicht zu durchschauen, die nämlich, die nur auf ihren „Rang“ als Vater, Lehrer, Erzieher pocht und Gehorsam verlangt, einfach weil man eben der Erziehungsberechtigte ist. Wo keine weitere Beziehung zwischen Erzieher und Zögling vorhanden ist als Kommando und Strammstehen, da kann man etwa von „Appell“ sprechen, aber nicht von Autorität.

Eine weitere Form zweifelhafter Autorität ist die, die aus der Sorge des Erziehenden um die Zukunft des Kindes entstehen kann, und die ihm um jeden Preis einen sicheren inneren Halt fürs Leben mitgeben möchte. Wer könnte diesen Wunsch sorgender Elternliebe nicht verstehen in einer Zeit wie der unsrigen, in der so vieles mangelnd geworden ist? Und doch liegt hier eine große Gefahr, wenn nämlich der Erzieher seine eigene Ueberzeugung, Ansichten und Erfahrungen dem Kinde zu übermitteln sucht, wie man etwa eine Kostbarkeit vererbt, die einem selbst einen großen Wert bedeutet, von der man aber nicht wissen kann, ob sie dem anderen ebenso nützlich sein wird.

Diese scheinbare Liebe und Fürsorge kann in Wahrheit ein Mangel an Vertrauen sein und das innerste, von Gott stammende Lebensgesetz des Kindes und seine zum Guten strebende Kraft, die sich auf vielerlei Weise äußern kann. Auch diese Art der Autorität ist nicht die rechte,

Grippe, Erkältungskrankheiten!

Gegen Grippe und Erkältungskrankheiten sind Logal-Tabletten ein hervorragend bewährtes Mittel. Logal ist stark harnsäurelösend und in hohem Maße bakterientötend! Im Anfangsstadium genommen verhindert Logal den Ausbruch der Grippe. Erstaunliche Erfolge! Mehr als 6000 Ärzte-Gutachten! Ein Versuch überzeugt. In all. Apoth. M. 1.25. 12, 8. Lich. 3, 18. Chio. 7, 18. A. d. 44.

Westen — Osten.

Ein Epilog zum Beckmann-Vortrag.

(Schluß.)

Wenn Professor Beckmann aber von unserem tausendjährigen Anrecht auf den deutschen Osten spricht, so gehen wir weiter! Unseren tausendjährigen Anspruch auf deutsches Ostland geben auch die Polen zu. Wir kamen aber schon zu Heinrichs I. Zeit und in der Folge nicht als Eroberer, sondern als Ueberwinder vornehmlich mit dem Pfluge nach dem Osten. Wenn die Schulbücher — besonders des Westens — darüber schweigen, so wollen wir die germanischen Gräber unserer Ostheimat sprechen lassen. Fast täglich berichten die Lokalnotizen der Ostmarkenpresse von neuen germanischen Gräberfunden mit ihren Beigaben von hoher Kultur. Wir denken besonders an die Ausgrabungen 1917 unter Leitung unseres Reichspräsidenten von Hindenburg an der Kullabücke bei Lötzen in Ostpreußen und an die großen, die ganze wissenschaftliche Welt bewegenden Gräberfunde in Schmittenau im Kreise Glatow in der Grenzmark Posen-Westpreußen. In wohlberechneter Spekulation auf die übergroße Gerechtigkeitsliebe des Deutschen zum Schaden seines eigenen Volkstums, vor der uns schon Klopstock — ach, so vergeblich — gewarnt hat, versuchen polnische Blätter ja noch immer, den urgermanischen Charakter der Ostmark vor der Völkerverwanderung abzuleugnen oder wenigstens zu verschleiern. Wir bitten Herrn Prof. Beckmann, an seiner bevorzugten Stelle im Westen unseres Vaterlandes zum Wohle der Ostmark für die so dringend notwendige Aufklärung zu sorgen.

In seinem Vortrage gab Professor Beckmann, der sich selbst auch entschieden zum Siedlungsgelehrten bekannte, ihm selbst wohl ungeahnt, der landwirtschaftlichen Siedlung im Osten Deutschlands eine so hoffnungsvolle, als er aus dem reichen Schatze seiner Gedanken so freigebig spendete!

Weiter erwartet Professor Beckmann beim ersten leichten Wiederanstieg der Wirtschaft ein Einsetzen des völlig darniederliegenden Verbrauches der billigen Wurstarten und damit eine Belebung des Marktes für mageres Rindvieh und ein Emporschnellen der Preise der unteren

Preisklassen von Rindvieh, das gar nicht günstig genug in Borkalkulation gestellt werden kann. Also ein Lichtblick für Rindvieh der Siedler auf ärmeren Böden! In die gleiche Kerbe schlägt Professor Beckmanns Warnung vor dem weiteren Uebergang zum Körnerbau auf Kosten der Rindviehhaltung. Die Viehhaltung, nicht der Körnerbau, sind ja das ureigentliche Wirtschaftselement des Siedlers.

Auf nicht ganz so pessimistischen Ton wäre der Vortrag gestimmt gewesen, wenn Herr Professor Beckmann daran erinnert hätte, daß die landwirtschaftliche Siedlung durch Ankurbelung der Bautätigkeit den Binnenmarkt belebt und die Bevölkerung verdichtet und schwer ringenden ostmärkischen Städten neue wirtschaftliche Impulse gibt. Durch Fortlassen der nichtkrisenfesten Restgüter und reichliche Ansetzung von Kleinbauern, besonders auf Kinder-pannstellen, wird die ländliche Bevölkerung verstärkt und bei besonders günstigen Verhältnissen und geschickter Ausnutzung aller Möglichkeiten zuweilen gar verdoppelt. Schon der unvergeßliche Frankfurter Regierungspräsident v. Schöner hat auf den günstigen Einfluß der Siedlung auf ostmärkische Städte hingewiesen. Eingehende Untersuchungen ergaben Resultate gleicher Richtung. Die günstige Nachkriegsentwicklung Deutsch Eylau durch den Kranz neu geschaffener Siedlungen sollte sorgenvolle Kommunalpolitiker aufhorchen lassen.

Nicht mitgehen können wir Ostmärker mit dem Rate Professor Beckmanns, die leichten Böden aufzuforschen. Die tausendfache Erfahrung lehrt, daß der Kleinbau auf leichten Böden noch bestehen kann, auf denen ihm der Theoretiker jede Lebensmöglichkeit abschreiben wird und muß. Ich mußte auch auf hannoverschem Heideboden erleben, daß selbstwirtschaftende praktische bäuerliche Sachverständige geplante Siedlungen im Umfange von etwa 24 Morgen auf leichtem Boden für lebensfähig erklärten, wo ich nur den Kopf schütteln konnte. Ich glaubte aber den sehr vielen Generationen auf der Scholle sitzenden alten Heidebauern schließlich, die ihre zähen Heidjer kennen — und sie behielten recht.

Wir an der Ostgrenze können die Grenzgebiete mit leichtem Boden nicht noch weiter zu menschenleeren Einöden machen lassen. Schon heute lockt das dünnbesiedelte Land geburtenfrohe feindliche Nachbarn. Nach alterma-

sondern eine Vergewaltigung, wenn auch aus bester Absicht. Manche Kinder werden nur aus dem gesunden Widerstand gegen diese falsche Autorität widerspenstig und ungezogen aus einer Art von innerem Selbsterhaltungstrieb, den sie allerdings selbst oft nicht verstehen, und manche Erziehungsschwierigkeit wäre dadurch behoben, daß sich Eltern oder Erzieher von der Vorstellung freimachten, ihr eigener Weg müsse auch der Weg des Kindes sein.

Das geht über die ernstesten und tiefsten Lebensfragen oft bis in die Kleinigkeiten des täglichen Lebens hinein. Z. B. gehört hierhin manchmal auch das gemeinschaftliche Gesellschaftsspiel am Sonntag abend, der Familienspaaziergang oder sonstige Dinge, die „man doch immer so gemacht hat“, gegen die das Kind aber nun auf einmal protestiert, weil ihm diese Dinge nicht mehr das bedeuten, was sie für seine Eltern sind. Auch da sollte man Kinder ruhig ihren eigenen Weg gehen lassen, auch wenn er zunächst aus der Familiengemeinschaft herausführen sollte. Es ist eine Erfahrungstatsache, daß gerade dieses Verhalten der Eltern ihnen am ehesten das Vertrauen ihrer Kinder erhält.

Echte Autorität entsteht da, und nur da, wo ein junger Mensch spürt, daß der Erzieher ihm helfen will, er selbst zu werden im tiefsten und wahrsten Sinn des Wortes, und wo er am Erzieher spürt, daß auch er sein eigenes Leben aus innerster Wahrhaftigkeit heraus zu leben versucht, und daß er bei jeder Entscheidung, die er trifft, für sich selbst oder für das Kind, nur der letzten innersten Instanz des Gewissens folgt, ganz gleich, ob es sich um große oder kleine Dinge handelt. Solche innere Einstellung weckt beim Kinde die Ehrfurcht, die nur da entsteht, wo eine innere Ueberlegenheit zur Verehrung zwingt, und die immer zugleich auch Vertrauen schafft. Diese innere Ueberlegenheit, die aus der Wahrhaftigkeit des Erziehenden herauswächst, ist die Autorität, von der wir meinen, daß sie uns heutigen Menschen zum großen Teil verloren gegangen ist, und die wir uns neu erobern müssen, wenn wir unsere Jugend wieder gewinnen wollen. Wer echte Autorität besitzt, wird große Anforderungen an das Kind stellen, er wird unter Umständen sogar besonders streng sein, aber er darf es, weil seine Gebote nicht seiner Willkür, seiner Bequemlichkeit oder seinen Machtgelfüsten entspringen, sondern einer inneren Notwendigkeit, der er selbst sich ebenso beugt, wie er es vom Kinde verlangt. Er wird aber andererseits nicht blindlings drauf los Gehorsam fordern, wenn er beim Kinde auf Widerstand stößt, sondern er wird sich fragen, woher der Widerstand kommt und ob er am Ende berechtigt ist. Er wird mit der Möglichkeit rechnen, daß er sich geirrt hat, daß vielleicht in diesem Falle das Eigengesetz des Kindes ein anderes Verhalten fordert, oder daß er vielleicht im Augenblick mehr vom Kinde verlangt hat, als es seiner gegenwärtigen Reifestufe entsprechend zu leisten imstande ist. Dann wird er warten können.

Dem echten Erzieher ist das Wesentliche nicht, wie seine Pädagogik nach außen hin wirkt, sondern nur, ob er das innerste und wahrhaftigste Wesen seines Kindes erfassen und fördern kann. Nicht: „Was sagen die Leute“, sondern: „was braucht mein Kind“ ist die Frage, die ihn bestimmt. Wenn ein Kind diese Einstellung spürt, bejaht es die Erziehung, auch wenn sie streng ist, denn im Grunde sehnt sich jeder junge Mensch nach fester Führung.

In Zeiten wie der unsrigen, in der eine so allgemeine Unsicherheit in inneren und äußeren Lebensfragen jeden Menschen bedroht, gibt es nicht viele sichere und festlie-

nischem, schon bei Tacitus erwähntem Brauche hatte der Deutsche Ritterorden an der Ostgrenze Ostpreußens seinen meilenweiten Einden, Sumpfe und Wälder als Schutz gegen Polen und Litauen unberührt gelassen. In Zeiten der Schwäche des Ordens kamen anspruchsvolle Litauer und Slaven zunächst als Fischer und Jäger, aus denen später Siedler wurden, dorthin. Wie der luftleere Raum bei der Luftpumpe die Luft, so saugt automatisch nicht- oder dünnbesiedeltes Land stets fremdstämmige Siedler an. Die Arbeiten über die Süßlupine und andere Sandkulturpflanzen enthalten überdies heimhafte Entwicklungsmöglichkeiten, für die in unserem Vaterlande wohl zur Zeit erst die Söhne des Landes, „geschmählt um seinen Sand“, wache Augen haben. Muß das Ausland auch erst wieder die Approbation dazu geben wenn es für uns aber vielleicht schon zu spät ist? Wir können daher auch nicht mit der Siedlung auf bessere landwirtschaftliche Zeiten warten, so sehr wir sie einmütig erstreben und erkämpfen müssen. Für den brotlosen Landarbeiter stellt sich das Problem anders dar, als für den Mann am Schreibtisch und für so viele siedlungsfreundliche Theoretiker ohne Ar und Salz. Wenn Herr Professor Beckmann fürchtet, daß für die Siedlung im Staatsfächer kein Geld mehr da sein wird in dieser bitteren Notzeit, so darf an das Ministerwort erinnert werden, daß gerade stets in schlimmen Zeiten gesiebelt worden ist. Der 18. Januar erinnert uns daran, daß Preußens großer König, Friedrich II., gerade nach langen, schweren und volkswohlstandvernichtenden Kriegen in einem Ausmaß gesiebelt hat, wie es seine Ratgeber und die damalige öffentliche Meinung oft erschrecken ließ. Als Friedrich Wilhelm I., der sparsamste preußische König, sich zum Sterben rüstete und sein Haus bestellte, verbrannte er eigenhändig die Schlachtabrechnung über die Ansiedlung der Salzburger in Ostpreußen. Zweifel waren in sein Herz gekommen, ob die landwirtschaftliche Ansiedlung der Salzburger auch vor den Augen sparsamer Nachfahren bestehen könnte. Heute wird sie als die größte Tat seines Lebens gefeiert. Für die landwirtschaftliche Siedlung in Preußen gilt das Wort, das Preußen in Not immer wieder hochgerufen hat: „und im Unglück nun erst recht!“

Rannenberger-Fischer.

gende Maßstäb
Eins können
Sinn für Wab
versuchen und
heit zu finden

Nach Aufst

Wie verla
Reichstags am
perschaffen in
landage sowie
zu wählen, Be
lig zwischen d
preihlichen St
die nächsten T

Zur Begr
len angeführt
unzweckmäßig
daß der preu
tannlich von
Magistrat gew
der gegenwärt
also nicht dem
denke man da
Frage kommen
die Berliner S
neu wählen zu

Als Beisp
schaften in ihr
willen in Wido
den 225 Stadt
NSDAP. ang

Von nati
sehen vom 5. 2
in Frage, we
auf den 5. M
sehen.

Ueber die
heutigen Son
Inzwischen ist
hin abgeänd
März in Kraf
die Freischar
lofortigen Auf

Eine Stun
Ständige Aus
des Zeitpunk
türlich, daß d

Der

Aufst
Der Aufst
nung des W
Kürze der Z
steht, nicht d
den Wahlkre
Zentrum i
Parteiausschu

Die So
ihren Wahl
„Freiheitsfron
An dem Aufst
lemit gegen d
der sich vor
cher“ wendet
deutig für
lung des Lan
nung der Sch
stiftlichen Pl
fehrt damit z
ter Programm
nahme, daß
forderungen
mus darstell

Das sozia
ist auf drei T

Reine
Einschreiten g

Eine Ber
eine neue Not
Anwendungs
und „zum mi
gerichte einse
brechen bei
mindeststrafe

Von unte
bezeichnet.
nung nicht g
zwischen dem
ministerium
liegen, glaub
mit polizeilich
einzig, was
man, sei viel
hebe in der
Zeit für diese
werde, wie l

Ebenso
rufung einer
ten der deut
sprechen, daß
die SPD. ber

aus bester Ab-
dem gesunden Wi-
mühsamkeit und
Selbsterhaltung,
st verstehen, und
dadurch bebohen,
Vorstellung frei
r Weg des Kindes

ieffsten Lebensstra-
lichen Lebens hin-
das gemeinschaft-
nd, der Familien-
an doch immer so
e nun auf einmal
mehr das bedeu-
ich da sollte man
lassen, auch wenn
ast herausführen
daß gerade dieses
das Vertrauen ih.

da, wo ein junger
fen will, er selbst
sinn des Wortes,
h er sein eigenes
aus zu leben ver-
die er trifft, für
letzt innersten
h, ob es sich um
die innere Einstel-
e nur da entsteht,
erhebung zwingt,
ne schafft. Diese
astigkeit des Er-
tät, von der wir
zum großen Teil
um erobern müß-
gewinnen wollen.
Anforderungen
tänden sogar be-
eil seine Gebote
keit oder seinen
er inneren Not-
t, wie er es vom
teils nicht blind-
n er beim Kinde
h fragen, woher
de berechtigt ist.
aß er sich geirrt
Eigengesetz des
oder daß er viel-
berlangt hat, als
bergehend zu leisten

men.
liche nicht, wie
sondern nur, ob
in seines Kindes
agen die Leute“,
e Frage, die ihn
ng spürt, bejaht
denn im Grunde
Führung.

ne so allgemeine
ensfragen jeden
here und festlie-
brauche hatte der
streupens mei-
und Wälder als
hrt gelassen. In
n anspruchlos
und Jäger, aus
die der lustleere
ugt automatisch
fremdstämmige
vine und andere
heimhafte Ent-
einem Vaterlande

„geschmählt um
ß das Ausland
en wenn es für
e können daher
ndwirtschaftliche
streben und er-
ndarbeiter stellt
den Mann am
ndliche Theorei-
Professor Bedi-
saatsfäkel kein
Notzeit, so darf
gerade stets in
der 18. Januar
König, Fried-
volkswohlstand-
gesiedelt hat,
öffentliche Mei-
Wilhelm I., der
ben rüstete und
dig die Schluß-
burger in Ost-
ommen, ob die
rger auch vor-
könnte. Heute
gefeiert. Für
ußen gilt das
chgerissen hat:

berg-Gärtner.

gende Maßstäbe, die wir der Jugend mitgeben können. Eins können wir tun: durch unser eigenes Leben den Sinn für Wahrheit in den jungen Menschen zu wecken, versuchen und sie in ihren eigenen Versuchen, die Wahrheit zu finden, ganz ernst nehmen, auch wenn uns ihre

Ansichten und Meinungen vielleicht gefährlich oder wunderlich erscheinen. Das Leben und die Entwicklung jedes Menschen ist ein Wagnis, und der Erzieher wird die größte Autorität besitzen, der dieses Wagnis mutig und bejahend mit seinem Zögling gemeinsam anpackt.

Vor der Entscheidung über Preußen

Auch Auflösung der preussischen kommunalen Körperschaften? — Der Wahlkampf beginnt.

Berlin, 4. Februar.

Wie verlautet, besteht die Absicht, bei der Neuwahl des Reichstags am 5. März zugleich auch die kommunalen Körperschaften in Preußen, also die Provinzial- und Kreislandtage sowie die etwa 30 000 Gemeindevertretungen, neu zu wählen. Beratungen über diese Frage finden gegenwärtig zwischen der Reichsregierung und der kommissarischen preussischen Staatsregierung statt. Eine Entscheidung ist für die nächsten Tage zu erwarten.

Zur Begründung wird bei den verantwortlichen Stellen angeführt, es habe sich in der Vergangenheit oft als unzumutbar und die politische Arbeit hemmend erwiesen, daß der preussische Staatsrat, dessen Mitglieder bekanntlich von den Provinziallandtagen und vom Berliner Magistrat gewählt werden, bereits seit mehreren Jahren in der gegenwärtigen Zusammensetzung bestünde, er entspreche also nicht dem Volkswillen der jüngsten Zeit, und deshalb denke man daran, auch die Provinziallandtage und die in Frage kommenden kommunalen Körperschaften — etwa auch die Berliner Stadtverordnetenversammlung — am 5. März neu wählen zu lassen.

Als Beispiel dafür, wie sehr die kommunalen Körperschaften in ihrer jetzigen Zusammensetzung mit dem Volkswillen in Widerspruch stehen, wird darauf verwiesen, daß von den 225 Stadtverordneten der Reichshauptstadt nur 13 der NSDAP. angehören.

Von nationalsozialistischer Seite verlautet noch, abgesehen vom 5. März käme noch der 12. März als Wahltermin in Frage, weil der Festsetzung der kommunalen Neuwahl auf den 5. März noch technische Schwierigkeiten entgegenstehen.

Ueber die Auflösung des Preussischen Landtags fällt am heutigen Sonnabend in der Plenarsitzung die Entscheidung. Inzwischen ist der Auflösungsantrag der NSDAP. noch dahin abgeändert worden, daß die Auflösung erst für den 4. März in Kraft treten soll, um den Abgeordneten bis dahin die Freisahrt zu erhalten. Mehrkosten gegenüber einer sofortigen Auflösung entstehen dadurch nicht.

Eine Stunde nach der Entscheidung im Plenum tritt der Ständige Ausschuss zusammen, um seine Ansicht hinsichtlich des Zeitpunktes der Neuwahl zu äußern, vorausgesetzt natürlich, daß der Landtag keine Auflösung beschließt.

Der „Vorwärts“ verboten

Aufruf der Sozialdemokratischen Partei.

Der Auflösung des Reichstags ist sehr rasch die Eröffnung des Wahlkampfes gefolgt, was freilich angesichts der Kürze der Zeit, die für den Wahlkampf zur Verfügung steht, nicht verwunderlich ist. So eröffnete die NSDAP. den Wahlkampf mit einer Gauführertagung, und das Zentrum hat für Sonntag den Parteivorstand und den Parteiausschuss einberufen.

Die Sozialdemokratische Partei hat bereits ihren Wahlausruf herausgegeben, der zum Angriff der „Freiheitsfront“ gegen die „Harburger Front“ auffordert. An dem Aufruf, der selbstverständlich eine sehr scharfe Polemik gegen die Männer der neuen Regierung darstellt, und der sich vor allem gegen den Vorwurf „November-Verbrecher“ wendet, ist besonders bemerkenswert, daß er ganz eindeutig für Enteignung des Großgrundbesitzes und Aufteilung des Landes an Bauern und Landarbeiter, für Enteignung der Schwerindustrie und für den Aufbau einer sozialistischen Plan- und Bedarfswirtschaft eintritt. Die SPD. kehrt damit zu den ursprünglichen Forderungen des Erfurter Programms zurück. Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß diese Betonung der rein sozialistischen Grundforderungen eine gewisse Annäherung an den Kommunismus darstellt.

Berlin, 4. Februar.

Das sozialdemokratische Zentralorgan, der „Vorwärts“, ist auf drei Tage verboten worden.

Keine Terror-Notverordnung

Einschreiten gegen die kommunistische Presse? — Das Ergebnis der Hausdurchsuchungen.

Berlin, 4. Februar.

Eine Berliner Zeitung kündigt in großer Aufmachung eine neue Notverordnung des Reichspräsidenten an, die das Anwendungsgebiet der Todesstrafe außerordentlich erweitern und „zum mindesten für bestimmte Bezirke“ auch Sondergerichte einsetzen werde. Weiter kündigt das Blatt für Verbrechen bei politischen Zusammenstößen hohe Zuchthaus- und Lebensstrafen an.

Von unterrichteter Seite wird diese Nachricht als falsch bezeichnet. Im Augenblick sei jedenfalls eine solche Verordnung nicht geplant. Es hätten auch keine Besprechungen zwischen dem Reichsinnenministerium und dem Reichsjustizministerium stattgefunden. Wie die Dinge augenblicklich liegen, glaubt man an den zuständigen Stellen, durchaus mit polizeilichen Maßnahmen auskommen zu können. Das einzige, was an neuen Maßnahmen möglich wäre, so hört man, sei vielleicht ein scharfes Einschreiten gegen politische Hege in der Presse. Es wäre denkbar, daß in absehbarer Zeit für dieses Gebiet eine ähnliche Verordnung geschaffen werde, wie sie früher bereits vorhanden war.

Ebenso werden auch die Gerüchte, die von der Einberufung einer Konferenz der Ministerpräsidenten der deutschen Länder wissen wollen und weiter davon sprechen, daß in dieser Konferenz über Maßnahmen gegen die KPD. beraten werden sollte, als falsch bezeichnet.

Ueber das Ergebnis der in den letzten Tagen in verschiedenen Städten vorgenommenen Durchsuchungen kommunistischer Geschäftsstellen unterrichten folgende Meldungen: In Braunschweig wurde umfangreiches Material sichergestellt.

In Erfurt wurde eine illegale Literaturstelle für den Bezirk Groß-Thüringen ausgehoben. Es wurden insgesamt rund 40 000 z. T. bereits verbotene illegale Schriften, außerdem Flugblätter usw. beschlagnahmt, die hochverräterischen Inhaltes waren. Sie forderten meistens zum Massenstreik auf.

In Wilhelmshaven wurden Flugblätter beschlagnahmt, die zum Generalstreik aufforderten und die vor den Toren der Marinewerft verteilt wurden. In Kiel wurde gleichfalls an verschiedenen Stellen Material beschlagnahmt. In Köln verlief die Hausdurchsuchung im KPD-Büro und im KPD-Büro ergebnislos. Ebenso wurde auch in Bonn, Aachen, Eschweiler und Alsdorf Material nicht beschlagnahmt. Frankfurt a. M. dagegen meldet die Beschlagnahme einer ganzen Wagenladung Material.

In Berlin fand inzwischen noch eine Hausdurchsuchung in den Räumen der Revolutionären Gewerkschaftsopposition (RGO) in der Münzstraße statt. Während der Hausdurchsuchung wurde das Gebäude von einer starken Polizeiabteilung besetzt.

Katholische Kirche und Nationalsozialismus.

Disziplinierung des Abtes Schachleiter wegen seiner Stellungnahme für den Nationalsozialismus.

München, 3. Februar. Der ehemalige Abt von Emaus-Prag, Alban Schachleiter O. S. B. hatte in der Nummer des „Völk. Beobachter“ vom 1. Februar einen Artikel veröffentlicht, in dem er sich gegen die Ausführungen wendet, die der Bischof von Linz in seinem Hirtenbrief vom 21. Januar 1933 gegen den Nationalsozialismus gemacht hat. Schachleiter hatte u. a. gesagt, er könne den Standpunkt des Bischofs nicht billigen, denn gerade der Nationalsozialismus bekenne sich positiv zum Christentum. Auf Grund der Schachleiterschen Veröffentlichung sieht sich nun, wie der „Bayer. Kurier“ in seiner Sonnabendausgabe meldet, das erzbischöfliche Ordinariat München und Freising veranlaßt, einen Erlaß im Amtsblatt herauszugeben, worin es u. a. heißt:

„Pater Alban Schachleiter setzt sich nicht nur mit dem Bischof von Linz, sondern mit dem ganzen deutschen Episkopat in Widerspruch, der einhellig vor dem Nationalsozialismus gewarnt habe, weil und solange er Anschauungen verfolge und verbreite, die mit der katholischen Lehre unvereinbar seien (2). Sein Artikel sei keine Beruhigung für strenggläubige Katholiken, sondern eine Irreführung. Er bedeute eine offene Auflehnung gegen die kirchliche Ordnung und gebe allen kirchlich gesinnten Katholiken schwerstes Mergernis. Er stehe auch im Widerspruch zu den Bestimmungen des kirchlichen Gesetzbuches, wonach für jede Veröffentlichung eines Mitgliedes des Klerus auch in Zeitungen und Zeitschriften die Zustimmung des Ortsbischofs einzuholen sei. Die nachträgliche Erklärung des Abtes in der Nr. 34 des „Völk. Beobachter“ könne an dem Wesentlichen der Sachlage nicht das geringste ändern. Abt Alban Schachleiter, gegen den ohnehin schon ein Verfahren anhängig sei und dem auf Grund einer ihm bereits im vorigen Jahre zugewiesenen oberhirtlichen Entschließung die Zelebrationserlaubnis innerhalb der Erzdiözese München und Freising entzogen wurde, werde sich für ein neuerliches Vorgehen vor der zuständigen kirchlichen Stelle zu verantworten haben.“

Bayern und die Demonstrationsverbote

München, 4. Februar.

Unter Hinweis auf die von Preußen und anderen deutschen Ländern ausgesprochenen Verbote kommunistischer Demonstrationen wird von bayerischer Seite festgestellt, daß in Bayern kommunistische Umzüge und Versammlungen unter freiem Himmel seit langem nicht mehr geduldet würden. Bayern habe zwar von einem allgemeinen Verbot kommunistischer Demonstrationen abgesehen, die Polizeibehörden seien aber seit langem angewiesen, kommunistische Demonstrationen von Fall zu Fall zu verbieten. Auch gegen kommunistische Versammlungen in geschlossenen Räumen werde in Bayern in der erforderlichen Weise eingeschritten.

Ein Toter in Duisburg-Hamborn.

—Duisburg-Hamborn, 3. Februar. An verschiedenen Stellen von Duisburg-Hamborn kam es am Freitag nachmittag zu schweren Zusammenstößen zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten. Zunächst wurde ein Nationalsozialist an der Ecke Kaiser-Wilhelm-Straße und Lenhoffstraße von Kommunisten überfallen, worauf sich Angehörige beider Parteien in großer Anzahl ansammelten. Es kam gegen 19 Uhr an der Ecke Schul- und Lenhoffstraße zu einem weiteren ernstlichen Zusammenstoß, bei dem der Kommunist Beckmann einen Schlag auf den Kopf erhielt, an dessen Folgen er auf dem Transport ins Krankenhaus starb.

Deutschland — Italien.

Unterredung mit Reichskanzler Hitler im „Giornale d'Italia“.

Rom, 2. Februar. Eine besondere Spätabendausgabe des „Giornale d'Italia“ bringt eine Unterredung, die der Reichskanzler Hitler dem Vertreter des römischen halbamtlichen Blattes gewährt hat.

Hitler gah zunächst seiner Freude darüber Ausdruck, daß der erste journalistische Besuch, den er als Reichskanzler erhalte, gerade ein Besuch der italienischen Presse sei. Während des langen und blutigen Kampfes zur Befreiung der Nation habe er immer die Notwendigkeit freundschaftlicher Beziehungen zwischen Deutschland und Italien betont, jetzt, wo er für die deutsche Politik verantwortlich sei, sei er entschlossen, sich für dieses Ziel einzusetzen. Er sei fest davon überzeugt, daß ein enges Verhältnis zwischen den beiden Völkern für den Frieden Europas unerlässlich sei. Der Kanzler erinnerte dann daran, daß einige ausländische Blätter geäußert hätten, er werde als verantwortlicher Chef der Regierung eine vorfällige Sprache führen, als in früheren Zeiten. Hitler wies eine solche bedauernde Verzerrung der Tatsachen energisch von sich und erklärte, er habe nie etwas anderes gewollt, als was er auch heute noch und das sei, das der deutschen Nation jene Rechte zuerkannt würden, die ihr wegen ihres Wesens und wegen ihrer Zukunft gebührten. Auch Italien fordere, daß seine Lebensrechte anerkannt würden. Aus diesem Grunde befänden sich beide Nationen von Natur aus auf dem gleichen Boden und strebten nach dem gleichen Ziel. Daher sei es um so leichter, einen Zusammenschluß zur Lösung der großen Fragen zu finden, die beide Völker betreffen. Von deutscher Seite werde alles geschehen, was notwendig sei, um ein solches Einverständnis herbeizuführen.

Zum Schluß fügte Reichskanzler Hitler noch einen besonders herzlichen Gruß an die italienische Nation, und zwar nicht als Chef der Regierung, sondern als Kämpfer für die Idee. Er sei sich der starken Verwandtschaft zwischen seinem Ideal und dem der italienischen Nation bewußt.

Hitler gegen Kompromisse

Zur Sanierung des Staatswesens bedarf es Zeit

Berlin, 4. Februar.

Reichskanzler Hitler gewährte dem Chefforrespondenten der „Associated Press“ eine Unterredung und erklärte darin, die neue Regierung fordere vier Jahre, die verfassungsmäßige Periode eines Reichstags, und dann solle das Land über sie richten. Auf die Frage nach dem Vierjahresplan antwortete Reichskanzler Hitler:

„Ich freue mich, daß Sie diese Frage gestellt haben. Wenn ich eine Propagandarede für meine Partei vortragen hätte wollen, so hätte ich versprechen können, daß die Arbeitslosigkeit am 15. März verschwunden sein würde und daß am 1. Mai die Landwirtschaft auf ihren alten Stand zurückgebracht wäre. Aber ich bin ehrlicher als die meisten meiner Gegner und habe daher keine solche Versprechungen gemacht.“

Es ist unmöglich, das Staatschiff logisch in den rechten Kurs zu bringen. Dazu bedarf es Zeit. Alles, was ich verlange, sind vier Jahre.“

Lächelnd fügte der Kanzler hinzu: „Denken Sie daran, daß ich beharrlich bin, ich habe starke Nerven. Wenn ich nicht voll Entschlußkraft wäre, so stände ich heute nicht hier vor Ihnen.“

Im Anschluß an diese Unterredung empfing der Kanzler die Vertreter der englischen und der amerikanischen Presse; er erklärte:

„Ich hoffe, die Welt weiß, was in Deutschland vorgeht. Hier kann es kein Kompromiß geben. Entweder wird in Kürze die Rote Fahne des Bolschewismus aufgezogen oder Deutschland findet zu sich selbst zurück.“

Wie vor den italienischen Pressevertretern, verwahrte sich der Reichskanzler auch hier dagegen, etwa Brandreden gehalten zu haben. Wer den Krieg kenne, wisse, welche Verschleuderung von Energien er mit sich bringe.

„Daher wünscht niemand mehr Frieden und Ruhe als ich“, so erklärte er dann, „als das deutsche Volk. Indessen müssen wir darauf bestehen, daß wir mit den anderen Nationen gleichberechtigt sind und unseren angemessenen Platz in der Welt einnehmen. Ich kann mir nicht vorstellen, daß irgendein Patriot für sein Land anders denkt als wir für unseres. Natürlich, mein Interesse ist auf Deutschland gerichtet.“

Ein ehrliches Wort.

Scharfe amerikanische Kritik am Völkerbund.

—Washington, 3. Februar. Der republikanische Abgeordnete Tinkham forderte im Kongreß die Einleitung einer Untersuchung der Carnegie-Gesellschaft und des Rockefeller-Instituts. Er erklärte, der Völkerbund existiere nur zur Durchführung des Versailler Vertrages, eines Vertrages, der daß säe, zur Unterdrückung führe u. ein Chaos hervorrufe. Das Haager Schiedsgericht sei lediglich ein politisches Instrument und ein Agent, bezogen Diener des Völkerbundes. Zum Schluß seiner Rede forderte Tinkham ein Verbot aller unbefugten internationalen pazifistischen Organisationen.

Programmerkklärung Daladiers

„Wir wollen Sicherheit.“ — Dienstag Einbringung eines neuen Sanierungsgesetzes.

Paris, 4. März.

Ministerpräsident Daladier verlas in der Kammer die Programmerkklärung seines Ministeriums. Das neue Kabinett will sich danach auf die Durchführung der notwendigen Reformmaßnahmen beschränken, weitere Einsparungen

vornehmen und am Dienstag im Parlament ein neues Sanierungsgezet einbringen. In der Außenpolitik ist ein Kurswechsel nicht beabsichtigt. Zur Abrüstungsfrage erklärte Daladier:

„Wir wollen die Sicherheit, unsere ganze Sicherheit, die Sicherheit aller Völker, die, wenn sie gleiche Rechte haben wollen, auch gleiche Pflichten übernehmen müssen. Ohne die Sicherheit ist kein Vertrauen in der Welt, kein wirtschaftlicher Wiederaufbau, nicht einmal ein gültiger Abrüstungsplan möglich und noch weniger ein Plan des allgemeinen Schiedsgerichtsverfahrens, der einzigen Methode, die die friedliche Entwicklung Europas und der Welt ermöglicht.“

Im übrigen erklärte Ministerpräsident Daladier noch Frankreichs Bereitschaft zur Teilnahme an der Weltwirtschaftskonferenz.

170 Stimmen Mehrheit für Daladier.

— Paris, 3. Februar. Die französische Kammer hat der neuen Regierung Daladier nach Abschluß der Aussprache über die allgemeine Politik mit 370 gegen 200 das Vertrauen ausgesprochen.

Das Letten-Kabinett zurückgetreten.

Das minderheitenfeindliche lettische Schulgesetz abgelehnt.

— Riga, 3. Februar. Der Gesetzentwurf des lettischen Unterrichtsministers, der eine Lettifizierung der Minderheiten-Mittelschulen bezweckte, wurde am Freitag spät abends vom lettischen Parlament mit 64

gegen 24 Stimmen abgelehnt. Daraufhin ist das gesamte Kabinett Skujenieks zurückgetreten.

Mit der Ablehnung des Schulgesetzes ist ein schwerer Schlag gegen die Minderheiten abgewehrt worden.

Rumänien vor dem Belagerungszustand.

Vollmacht der Regierung.

Bukarest, 3. Februar. Nach einer außerordentlich erregten Kammer Sitzung wurde am Freitag abend mit rund 200 gegen 40 Stimmen der von der rumänischen Regierung eingebrachte Gesetzentwurf, wonach die Regierung berechtigt ist, jederzeit mit sofortiger Wirkung den Belagerungszustand zu verhängen, angenommen. Man rechnet damit, daß die Regierung von dieser Ermächtigung sehr bald Gebrauch machen wird.

Streikunruhen in Irland

Der Eisenbahnerstreik im irischen Freistaat und Ulster hat bedenkliche Ausmaße angenommen. Insgesamt sind nunmehr 9000 Eisenbahner im Streik, denen sich in den letzten Stunden noch über 1000 Omnibusangestellte anschlossen.

Bei Santry in der Grafschaft Dublin wurde der Ueberlandomnibus von Dublin nach Belfast von bewaffneten Männern überfallen, die den Fahrer und den Schaffner entführten und die Fahrgäste auf der Straße liegen ließen. Die Regierung von Ulster ist in größter Verlegenheit wegen des

Streiks und wird voraussichtlich eine Vermittlungsaktion zwischen den Gewerkschaften und den Eisenbahngesellschaften einleiten. Die Freistaat-Regierung hat der nordirischen Eisenbahngesellschaft auf den Streik hin die staatliche Unterstützung mit Wirkung ab 1. Februar entzogen.

Kirchennachrichten von Schildesche.

Sonntag, den 5. Februar: 10 Uhr vorm. Hauptgottesdienst, Pastor Dahlmann. Mittwoch, den 8. Febr.: 8 Uhr abends Bibelstunde im Gemeindehaus.

Bethel.

— Jünglingsverein der Kranken. Die Sonntagsversammlung muß heute noch einmal ausfallen.

Kreisikonferenz am Sonntag, 3 Uhr im Heim des Christl. Vereins jg. Männer „St. Johannis“. Der Vorsitzende des Kreisverbandes, Herr Fritz Humberg, spricht.

— Wegen der noch immer in unseren Krankenhäusern stark verbreiteten Grippe müssen auch in der Woche vom 5. bis 11. Februar alle öffentlichen Versammlungen, abgesehen von den Sonntags-Gottesdiensten, unterbleiben.

Der Vorstand.

Anzeigen aus Bethel.

— Freundl. möbliertes Zimmer an j. Mädchen zum 1. März zu vermieten. Näheres Telefonhaus.

Schriftleitung: B. Kraa; Wirtschafts- und Weltpolitik: Dr. S. Huttel; Anzeigen: R. Diekmann; alle in Bethel.

Elisabeth Klack
Walter Köhler

beehren sich, ihre Verlobung anzuzeigen

Bockhorst-Gütersloh, 5. Februar 1933

Herzliche Einladung

zu den Bielefelder Glaubensversammlungen von Sonntag, den 5. Februar, bis Freitag, den 10. Februar, abends 8³⁰ Uhr in der Volkshalle am Papenmarkt. Referent: Pastor Christlieb, Heiberg bei Köln. Generalthema:

Alttestamentliche Glaubenszeugen.

Von Montag an findet jeden Nachmittag um 4 Uhr ebenfalls ein Vortrag statt. — Eintritt frei.

Wiesbaden Evangelisches Hospiz, Oranienstraße 53
Zimmer mit und ohne Verpflegung. Mäßige Preise.

Ein gutes Rezept gegen die Grippe:

Auf 1 Tasse Godesberger Brust-Hustenkräuter
2 Teelöffel voll Stomachozozone
morgens, mittags und abends je eine Tasse.

1 Packung Godesberger Kräuter RM 1.35
gegen Husten, Bronchialkatarrh

1 Flasche Godesberger Stomachozozone RM 2.—

In Apotheken! Wo nicht erhältlich, portofrei durch Godesberger Kräuterbetrieb G. m. b. H., Bad Godesberg. Man achte auf die rote Schutzmarke und die Godesburg.

Besser sieht jeder
mit einer Brille von

Bielefeld
Optiker

Ruf 1012 Bielefeld Gütersloher Str. 14

Th. Petzold's Tropfen

das allerproble, viel tausendmal bewährte Mittel bei Gicht, Rheumatismus und Ischias.

Originalpackung mit Bild. Preis 1,50 Mk. Zu haben in den Apotheken.

Alleinhersteller: Chem. pharm. Laboratorium Teutoburg
Gustav Vinnen, Bielefeld

Haushaltungsschule und Haushaltungspflegerinnen-Lehrgang

der Westfälischen Diakonissenanstalt „Sarepta“
in Bethel bei Bielefeld (staatl. anerkannt).

1. **Haushaltungsschule** (alle Berechtigungen der Frauenschule). Gründliche hauswirtschaftliche Ausbildung für Töchter evangelischer Familien, Vertiefung der Allgemeinbildung, Erziehung zu christlichen Persönlichkeiten. Durchbildung zum Beruf der Hausfrau, hauswirtschaftliche Vorbildung zum Beruf der Kindergärtnerin, Hortnerin, Haushaltungspflegerin . . .

2. **Halbjährige Sonderkurse für Abiturientinnen.** Beginn der Kurse April und Oktober.

3. **Einjähriger Lehrgang für Haushaltungspflegerinnen** (Wirtschaftsleiterinnen) mit staatlicher Abschlussprüfung.

Näheres durch die Leitung der Schule.

Freizeiten und Gäste

finden von August bis Oktober bei zeitgemäßen Preisen Aufnahme im

Volkshochschulheim Lindenhof in Bethel bei Bielefeld

Nähere Auskunft durch den Leiter.

Welche Anstalt der Inneren Mission würde bereit sein, einen 54-jährigen alleinstehenden

Schneidermeister

gegen freie Kost und Logis zu beschäftigen, wo er sich dann fleißig betätigen könnte? Angebote an die Geschäftsst. d. Bl. unt. A 3075.

Photohaus

Baumann

Goldstraße 3

liefert alle

Amateurarbeiten

Zur Erl. d. Haushalts bzw. des Kochens find. zwei gef. geb.

Haustöchter

v. ca. 1. Mai bis ca. Sept./Okt. unt. Anl. u. Mitarb. d. Hausfrau lieben. Aufn. Kl. Fremdenheim i. Harz. Wtl. Zug. von W 30.— erb. Wdshfr. vorh. Angeb. mit selbst geschr. Bf. u. Bildt. unter A 3074 an die Geschäftsst. d. Bl.

Christl. Damenheim

Bündhorst (Sch.-Lippe), bietet von 2,25 Mark täglich an gemüthlichen Daueraufenthalt.

Apfelsinen

direkt ab Hafen, garant. gesund in Originalkisten 504 Stk., klein Mk. 15.—; 360 mittel Mk. 14.50; 300 groß Mk. 16.—; 240 ganz groß Mk. 15.50 einschl. Verpack. gegen Bahnabnahme. Preisliste frei. Erich Straube, Fruchthandlung, Bremen 12, Postfach 767.

HONIG

garant. rein. Bienen-Blüten-Schleuder, das Allerfeinste, was die Bienen erzeugen. Dose 9 Pfd. Inh. Mk. 9.60, 4¹/₂ Pfd. Inh. Mk. 5.60 frei Nachnahme. Garanti. Zurückn. Carl Schell, Honiggroßh. u. Imkerrei, Osnabrück 42, Bez. Bremen. Silber-Medaille 1931.



Schäferhunden am Morgen dir sagen
das Wetter ist bald umgeschlagen.

All' die guten
wollenen Sachen

bleiben wundervoll weich und mollig durch richtige
Pflege mit Persil. Gut und billig kann alles Waschbare
nach dieser erprobten Anleitung gewaschen werden:

Drücken Sie das Stück im
kalten Persilbad - 1 Gf.
löf. Persil auf je 2 Liter
Wasser - öfters leicht durch.

Spülen Sie kalt.
Etwas Rüchensief
im ersten Spülwasser
frischt die Farben auf.

Zum Trocknen gut auspressen,
nicht wringen - mehrmals
in Tücher ein- und aus-
rollen - nicht aufhängen.

Richtig in Form
ziehen. Liegend trock-
nen lassen. Ofen- oder
Sonnenhitze meiden.

So einfach ist die Persil-Wollwäsche!

Persil wäscht Wolle wunderbar!